

BAUERN & WINZER
Verband Rheinland-Pfalz Süd e.V.

GESCHÄFTSBERICHT 2022/23





„ES IST EIN NICHT HOCH GENUG
EINZUSCHÄTZENDES PRIVILEG,
DASS WIR IN SICHERHEIT UND
SELBSTBESTIMMUNG LEBEN
UND ARBEITEN KÖNNEN.“

BWV-Präsident Eberhard Hartelt

LIEBE MITGLIEDER DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN BERUFSSTANDES,

die Auswirkungen des Klimawandels machen sich immer stärker bemerkbar und beeinflussen das Wirtschaften auf unseren Feldern. Extreme Witterungsphasen und Wetterereignisse nehmen zu, die Wasserverfügbarkeit – das hat das Jahr 2023 erneut gezeigt – wird in zunehmendem Maß zum begrenzenden Faktor. Für diese Herausforderungen wird die innovative Agrarbranche mit ihren hervorragend ausgebildeten Menschen aber Lösungen finden. In unseren Betrieben entwickeln wir die Bewirtschaftungsmethoden kontinuierlich weiter, hinterfragen aktuelle Anbau- und Haltungssysteme und werfen einen kritischen Blick auf die Auswahl unserer angebauten Kulturen.

Die großen Probleme liegen mehr und mehr abseits von Acker, Stall und Weinberg: Die Corona-Pandemie hat deutliche Spuren hinterlassen, die teilweise heute noch nachwirken. Die Regelungen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind erneut komplexer geworden und das Auflagenniveau ist bei gleichzeitig sinkenden Direktzahlungen gestiegen. Bei der Düngeverordnung kehrt jetzt hoffentlich Ruhe ein, aber die Gebiete, in denen die Betriebe mit empfindlichen Begrenzungen zu kämpfen haben, wurden noch einmal ausgeweitet. Der Umbau der Tierhaltung kommt nicht voran, weil man sich in Berlin nicht auf eine Finanzierung einigen kann. Und dann gibt es noch die indiskutablen Pläne der EU-Kommission, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln massiv zu reduzieren, bis hin zum Totalverbot in großflächigen Schutzgebieten.

Verschärft wird die angespannte Situation durch die Auswirkungen des Ukrainekrieges. Gestörte Lieferketten, Kostenexplosion und mangelnde Verfügbarkeit von Betriebsmitteln, eine schwer vorherzusehende Entwicklung bezüglich Energie und Dünger sowie extrem volatile Agrarmärkte gehen zusätzlich zu Lasten der dringend notwendigen Planungssicherheit. Die derzeitigen Rahmenbedingungen bringen große Schwierigkeiten mit sich. Einige Betriebe sind aufgrund der Erlössituation nicht in der Lage Gewinne zu erwirtschaften und die betroffenen Familien blicken in eine unsichere Zukunft. Vor diesem Gesamthintergrund tut sich die junge Generation zurecht deutlich schwerer als in der Vergangenheit, den Hof von den Eltern zu übernehmen.

Trotzdem möchte ich alle dazu ermutigen, den Blick einmal etwas weiter zu fassen. Es ist ein nicht hoch genug einzuschätzendes Privileg, dass wir in Sicherheit und Selbstbestimmung leben und arbeiten können. Und wenn wir als Berufsstand oftmals deutliche Kritik an der Agrarpolitik aus Straßburg und Brüssel äußern, tun wir das im Bewusstsein um die herausragende Bedeutung der Europäischen Union für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Seit mehr als 70 Jahren garantiert die EU Frieden zwischen ihren Mitgliedsstaaten – bleibt zu hoffen, dass dieses Versprechen auch weiterhin Bestand hat. Die aktuelle Lage in der Welt ist einmal mehr Beleg dafür, in welcher glücklicher Situation wir uns hier im Land befinden.

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des gesamten Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V., aber auch ganz persönlich, bei allen, die sich für die Belange der heimischen Landwirtschaft und des Weinbaus eingesetzt haben, sehr herzlich bedanken: für die gute Zusammenarbeit, das konstruktive Miteinander, aber auch für den kritischen Diskurs. Die Zukunft wird uns mit Sicherheit wieder vor neue Herausforderungen stellen, die es gemeinsam zu meistern gilt.

Ihr

Ökonomierat Eberhard Hartelt
Präsident Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V.

VORWORT 2

ALLGEMEINES UND AGRARPOLITIK 4

- START DER NEUEN GAP-FÖRDERPERIODE
- PFLANZENSCHUTZ- UND NATURSCHUTZPAKET DER EU
- ARBEITSKRÄFTEMANGEL
- DÜNGEVERORDNUNG UND „ROTE GEBIETE“
- NOVELLIERUNG LANDESJAGDGESETZ

DELEGIERTENTAGUNG DES BWV 11

AUS DEN KULTUREN 13

- PFLANZENBAU
- MILCH, VIEH UND FLEISCH
- WEINBAU

AUS DEN REGIONEN

- BZG VORDER- UND SÜDPFALZ
- BZG NORD- UND WESTPFALZ
- BZG RHEINHESSEN

KURZ NOTIERT 20

- PERSONALIEN
- LANDSENIOREN
- LANDJUGEND
- EHRUNGEN

DER VERBAND 25

- STRUKTUR UND ORGANE
- GESCHÄFTSSTELLEN

VERZÖGERUNGEN, OFFEN FRAGEN UND UNGENUTZTE POTENTIALE – VERPATZTER START DER NEUEN GAP



Beim Deutschen Bauerntag Ende Juni 2023 in Münster forderte der Berufsstand mit Blick auf die GAP, die Öko-Regelungen kurzfristig nachzubessern und im zukünftigen Fördersystem ein betriebswirtschaftlich attraktives Förderkonzept für Leistungen der Landwirte im Sinne gesellschaftlicher Ziele zu etablieren. Auch der BWV war mit einer Delegation vor Ort und unterstützte diese Position.

Am 01.01.2023 startete die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Bei der Ausgestaltung der Regelungen war es zu erheblichen Verzögerungen gekommen, weil sich die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sowie Bund und EU äußerst schwierig gestalteten und insbesondere die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission auf der Zielgeraden wenig Kompromissbereitschaft zeigte. Der deutsche GAP-Strategieplan, welcher die Grundlage für die Umsetzung der europäischen Vorgaben auf nationaler Ebene bildet, wurde dann endlich am 21.11.2023 von der EU-Kommission genehmigt. In der Folge traten wesentliche Rechtsgrundlagen in Deutschland erst im Dezember 2022 in Kraft. Durch diese Hängepartie war eine solide Anbauplanung in vielen Fällen nicht möglich, zumal die Betriebe mit zahlreichen Neuerungen konfrontiert waren. Insbesondere die erweiterte Konditionalität, mit ins-

gesamt neun Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen (GLÖZ), brachte mit äußerst komplexen und bürokratischen Vorgaben erhebliche Herausforderungen mit sich. Da trotz erhöhter Anforderungen an die Basisprämie gleichzeitig der gezahlte Betrag pro Hektar abgesenkt wurde, überlegten einige Betriebe komplett aus der GAP-Förderung auszusteigen. Als weiteres zentrales Element der „Grünen Architektur“ der neuen GAP wurden freiwillige, einjährige Agrarumweltmaßnahmen innerhalb der Ersten Säule eingeführt, die sogenannten Öko-Regelungen. Diese wurden allerdings wenig praxisorientiert ausgestaltet und mit zu niedrigen Prämiensätzen versehen, sodass schon im Vorfeld abzusehen war, dass das ökonomische und ökologische Potential dieser grundsätzlich sinnvollen Maßnahmen ungenutzt bleiben würde.

Zu Beginn des Jahres gab es noch unzählige offene Umsetzungsfragen, die auch bis zum Start der Antragstellung nicht alle geklärt waren. In Rheinland-Pfalz startete die GAP-Antragstellung mit der neuen Online-Anwendung LEA („Landwirtschaftlicher Elektronischer Antrag“) am 12.04.2023. Ab Beginn der Antragstellung gab es massive Probleme mit der Stabilität und der Erreichbarkeit des Programms. Teilweise fehlten bestimmte Funktionen wie der Plausibilitätsrechner oder die Bestätigung und Archivierung der Antragstellung. Mit Blick auf die immer näherkommende Antragsfrist am 15.05.2023 liefen den Betrieben die Zeit davon. Der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) kritisierte diesen unhaltbaren Zustand und forderte das zuständige Landwirtschaftsministerium in Mainz dazu auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um das Programm endlich konstant am Laufen zu halten. Den BWV erreichten in diesen Wochen viele Beschwerden von Mitgliedern die ihren Antrag stellen wollten und frustriert wieder aufgaben. Gleichzeitig stieg die Sorge, den Antrag nicht fristgemäß abgeben zu können. Der BWV wies in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die landwirtschaftlichen Unternehmen im Land auf die an Umweltauflagen gebundene Direktzahlungen der EU angewiesen sind. Sie stellen einen Ausgleich für die höheren Produktionsstandards dar und haben überwiegend eine existenzielle Bedeutung, da sie in vielen Betrieben einen Großteil des Unternehmensergebnisses ausmachen. Die Verzögerungen bei LEA waren auch für Dienstleister wie den BWV

problematisch, die viele Termine verschieben oder absagen mussten und daher unter großen Zeitdruck gerieten. Rheinland-Pfalz stand bei den Problemen bei der Antragstellung aber nicht alleine da, auch in den anderen Bundesländern gab es Komplikationen.

Zusätzlich zu den Problemen mit der Online-Anwendung, führte die unterschiedliche Auslegung von einzuhaltenden Vorgaben durch die Behörden von Bund, Ländern und Landkreisen zu großer Verunsicherung in den Betrieben und zahlreichen Rückfragen in den Geschäftsstellen des Verbandes. Der Beratungsbedarf bei den Landwirten und Winzern war enorm. Vor diesem Hintergrund führte der BWV gemeinsam mit dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum drei Online-Informationsveranstaltungen zur GAP bzw. zu LEA mit insgesamt 1.100 Teilnehmern durch.

Allgemein ist festzuhalten, dass die GAP in der neuen Förderperiode noch einmal komplexer und restriktiver geworden ist. Von der ursprünglich angedachten Ergebnisorientierung ist nicht mehr viel übriggeblieben. Nicht nur für Landwirte, sondern auch für die Verwaltung und die Beratung sind die Regelungen kaum mehr zu überblicken. Der eigentlich positive Ansatz der Öko-Regelungen kommt nicht zum Tragen, da einerseits die Vorgaben zu komplex und teilweise vollkommen praxisfern sind und andererseits die Bezahlung einfach nicht ausreichend ist. Aus diesen Gründen blieb für den Berufsstand we-

nig überraschend die Beantragung der Öko-Regelungen deutlich hinter den seitens der Politik geplanten Zahlen zurück. Die Ausschöpfung der entsprechenden Finanzmittel lag bundesweit bei rund 61 Prozent des Budgets, in Rheinland-Pfalz sogar nur bei 49 Prozent. Nicht nur in diesem Bereich der GAP sind also dringend fachliche, technische und finanzielle Verbesserungen erforderlich. Wenn selbst Mitarbeiter des Bundeslandwirtschaftsministeriums davon sprechen, dass das Fördersystem an der Grenze des Absurden angekommen ist, gilt es, in enger Abstimmung mit dem Berufsstand, über größere Veränderungen nachzudenken. Die politischen Verantwortlichen müssen zeigen, wie ernst es ihnen mit einer attraktiven Honorierung von Umwelt- und Klimaleistungen wirklich ist, ohne die Ernährungssicherung aus dem Fokus zu verlieren.



PFLANZENSCHUTZ- UND NATURSCHUTZPAKET DER EU – ÖKONOMISCHER UND ÖKOLOGISCHER IRRWEG

Im Juni 2022 legte die EU-Kommission ein Pflanzenschutz- und Naturschutzpaket mit dem Entwurf einer neuen Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Sustainable Use Regulation – SUR) vor. Dieser sieht neben einer Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2030 ein Kompletต์verbot in sogenannten ökologisch empfindlichen Gebieten vor, was einem Berufsverbot auf rund einem Drittel der landwirtschaftlichen Fläche in Rheinland-Pfalz gleichkäme. Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V., Ökonomierat Eberhard Hartelt, kritisierte die Pläne als ideologischen Feldzug gegen die Landwirtschaft, der aktuelle Realitäten vollständig ausblendet. Er forderte die politisch Verantwortlichen in Mainz und Berlin dazu auf, sich unmissverständlich dagegen zu stellen.

Das Vorhaben aus Brüssel traf auf massiven Widerstand seitens des Berufsstandes in Deutschland und anderen EU-Staaten. Im EU-Parlament und EU-Ministerrat gab es ebenfalls deutlich Gegenwind. Der BWV führte zahlreiche Gespräche mit Politikern auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, es gab Vor-Ort Termine mit Abgeordneten bei BWV-Ortsvereinen, die besonders von den Einschränkungen durch SUR betroffen wären und in den Medien konnten die Auswirkungen des Brüsseler Vorhabens in vielen Berichten platziert werden.

Die massive Kritik kam an. Noch vor Beginn der Trilog-Verhandlungen mit dem EU-Parlament und dem EU-Rat zeigte die EU-Kommission Bereitschaft, ihren eigenen Vorschlag zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes deutlich zu entschärfen. Wie aus einem inoffiziellen Papier vom 17.11.2022 hervorgeht, will sich die Brüsseler Behörde insbesondere mit Blick auf das Pflanzen-schutzverbot in flächendeckenden Schutzgebieten und die Kulisse dieser Schutzgebiete bewegen. Dass die EU-Kommission bereits vor dem Start des Trilogs derart weit zurückrudert, ist bemerkenswert und ist Beleg dafür, dass die Aktionen, Stellungnahmen, Pressemeldungen und Gespräche des Berufsstand Wirkung gezeigt haben. Aber auch wenn die EU-Kommission erkannt hat, dass sie mit ihren ursprünglichen Vorschlägen deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist, bleibt es noch ein weiter Weg zu einer für die Landwirtschaft und den Weinbau akzeptablen Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln.

Ob die Verordnung noch vor der Europawahl 2024 auf den Weg gebracht wird, war zu Beginn des Herbstes 2023 noch unklar. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das EU-Parlament aufgrund des ausstehenden Votums seines Agrarausschusses noch nicht positioniert und ein möglicher Beginn der Trilog-Verhandlungen war noch nicht abzusehen.

„DIE PLÄNE, DEN EINSATZ VON PFLANZENSCHUTZMITTELN DERART EINSCHRÄNKEN UND IN SCHUTZGEBIETEN VOLLSTÄNDIG ZU VERBIETEN, KÖNNEN UND WERDEN WIR NICHT HINNEHMEN!“

BWV-Präsident Eberhard Hartelt



Neben SUR enthält das EU-Pflanzenschutz- und Naturschutzpaket auch Regelungen zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law – NRL). Der Entwurf sieht die Regeneration geschädigter Ökosysteme mit verbindlichen Ökosystemzielen als Ergänzung zu bestehenden Rechtsvorschriften (z.B. FFH-Richtlinie) vor. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft zielen die Vorgaben auf eine Zunahme der biologischen Vielfalt in Agrarökosystemen, mehr organischen Kohlenstoff in mineralischen Ackerböden sowie großflächige Moorrenaturierung. Hierzu soll unter anderem der Anteil von Landschaftselementen mit hoher biologischer Vielfalt bis 2030 auf 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche erhöht werden. Von den aktuell landwirtschaftlich genutzten Mooren sollen bis 2050 70 Prozent geschützt und mindestens die Hälfte davon wiedervernässt werden.

Insgesamt wird eine Aufwertung auf mindestens 20 Prozent der EU-Land- und Meeresgebiete bis 2030 und auf allen beschädigten Ökosystemen angestrebt.

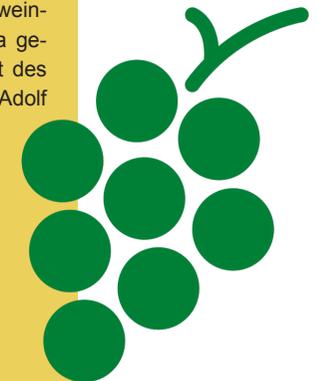
Auch dieser Vorschlag ist vollkommen unverhältnismäßig und absolut nicht praxistauglich. Wird NRL in dieser Form umgesetzt, kommt es zu bedeutenden Verlusten von Flächen und Erzeugerkapazitäten. Die geplanten Maßnahmen widersprechen zudem fundamental den Herausforderungen der Ernährungssicherung weltweit. In vielen kooperativen Projekten mit dem Naturschutz wurde wissenschaftlich begleitet gezeigt, wie die Produktion von Lebensmitteln und der Schutz der Artenvielfalt in Einklang gebracht werden können. Es fehlt aber der politische Wille bzw. die Bereitschaft in der Politik, Geld in die Hand zu nehmen, um wirksame Maßnahmen zu bezahlen, die vom Markt nicht honoriert werden.

Eine rein ideologisch getriebene Verschärfung des Ordnungsrechts ohne seriöse Folgenabschätzung ist ein ökonomischer und ökologischer Irrweg der dringend verlassen werden muss.

Das Europäische Parlament ist mit Blick auf den NRL-Entwurf tief gespalten. Am 12.07.2023 wurde die Mehrheit für einen Antrag der Europäischen Volkspartei (EVP), der eine komplette Ablehnung des NRL-Entwurfs vorsah, nur knapp verfehlt. Die Abgeordneten einigten sich aber auf eine gemeinsame Position, die gegenüber dem Kommissionsvorschlag wesentlich weniger weitreichend ist. So wurde beispielsweise die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Ökosysteme nicht aufgegriffen. Eine Woche später startete der Trilog für das NRL zwischen Kommission, Rat und EU-Parlament. Ob es vor der Europawahl im kommenden Jahr eine politische Einigung gibt, ist aufgrund der knappen Mehrheiten und kontroversen Diskussionen noch nicht absehbar. Die intensive Lobbyarbeit der Bauernverbände in Brüssel wird unvermindert fortgeführt.



Auch Winzer, die in der Gundersheimer Lage Höllenbrand Weinberge bewirtschaften, wiesen am 05.10.2022 bei einem Vor-Ort-Termin mit Jan Metzler, MdB auf die Konsequenzen des von der EU-Kommission geplanten Pflanzenschutzverbotes hin. Nicht nur im Vogelschutzgebiet Höllenbrand käme das einem Berufsverbot gleich und würde das Aus des dortigen Weinbaus bedeuten. In Rheinland-Pfalz wären mehr als 21.000 Hektar Reben und insgesamt ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche betroffen. Da in den Schutzgebieten die landwirtschaftliche bzw. Weinbauliche Nutzung erst zu einer Flora und Fauna geführt hat, die schützenswert ist, wäre ein Verbot des Pflanzenschutzes absolut kontraproduktiv. (Foto: Adolf Dahlem)



SONDERKULTURBETRIEBE SIND DRINGEND AUF ARBEITSKRÄFTE AUS DRITTSTAATEN ANGEWIESEN

Am 30.11.2022 beschloss die Bundesregierung Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten. Im Vorfeld hatte sich der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) erfolgreich dafür eingesetzt, dass dabei auch die Saisonarbeit in der Landwirtschaft Berücksichtigung fand. Die Eckpunkte sahen eine kontingentierte und befristete Einreise für alle Drittstaatsangehörige in Bereichen ohne spezielle Qualifikationsanforderungen vor.

Ende Februar 2023 legten das Bundesinnenministerium und das Bundesarbeitsministerium entsprechende Referentenentwürfe vor, die Ende März vom Bundeskabinett mit Änderungen beschlossen wurden. Diese sahen letztendlich die Möglichkeit einer kurzzeitigen kontingentierten Beschäftigung bis acht Monate innerhalb von 12 Monaten für Drittstaatenangehörige ohne Qualifikation vor. Die Beschäftigung muss sozialversicherungspflichtig sein und bei tarifgebundenen Arbeitgebern erfolgen. Darüber hinaus müssen die Reisekosten bei kurzfristig kontingentierter Beschäftigung vollständig vom Arbeitgeber übernommen werden.

Die bis Ende 2023 befristete Westbalkanregelung soll unbegrenzt fortgeführt und das Kontingent von 25.000 auf 50.000 erhöht werden.

Aufgrund der bestehenden Sozialversicherungspflicht und der vorgesehenen Übernahme der Reisekosten helfen die Regelungen den Betrieben aber nicht wirklich weiter. Die ursprünglichen Hoffnungen wurden enttäuscht. Der BWV begrüßte zwar ausdrücklich die geplante kurzfristige kontingentierte Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittstaaten, da diese grundsätzlich Potential hat den Bedarf an Saisonarbeitskräften zukünftig mit zu decken. Allerdings sind die vorgelegten Regelungen hierzu vollkommen ungeeignet.

So ist die Übernahme der Reisekosten durch den Arbeitgeber für viele Betriebe wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Neben den anfallenden Mehrkosten besteht bei den Betriebsleitern die berechtigte Sorge, dass die vertraglich vereinbarte Beschäftigungsdauer nicht eingehalten oder die Beschäftigung gar nicht erst angetreten wird, wenn der Transfer nach

Deutschland kostenlos erfolgt. Dies führt zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Kritik übte der BWV auch an der Sozialversicherungspflicht im Rahmen der kurzfristigen kontingentierten Beschäftigung. Die hinzukommenden Lohnnebenkosten sorgen für eine erhebliche Zusatzbelastung, ohne Mehrwert für die Mitarbeiter. Denn schon jetzt schließen die Betriebe für alle sozialversicherungsfrei Beschäftigten privatrechtliche Erntehelferversicherungen ab. Darüber hinaus ist es problematisch, dass der sozialversicherungsrechtliche Status nicht mehr von der Art der Beschäftigung und der sozialen Absicherung des Arbeitnehmers abhängig sein soll, sondern von dessen Herkunft. Die Möglichkeit der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, auch bei der kontingentierten Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittstaaten, muss daher erhalten bleiben.

Insbesondere die Sonderkulturbetriebe im Obst-, Gemüse- und Weinbau sind absehbar noch stärker auf Beschäftigte aus Drittstaaten angewiesen, da der Bedarf an Saisonarbeitskräften nicht mehr alleine aus EU-Staaten zu decken ist. Eine praktikable und wirtschaftliche Lösung ist in diesem Bereich daher unumgänglich, sonst besteht die Gefahr, dass sich die Betriebe aus arbeitsintensiven Kulturen zurückziehen müssen und die Versorgungssicherheit mit heimischen Sonderkulturen nicht mehr gewährleistet werden kann.



Am 14.01.2023 war der rheinland-pfälzische Arbeitsminister Alexander Schweitzer zu Gast in der BWV-Fachgruppe Gemüse, um sich gemeinsam mit Abgeordneten des Landtages über die aktuellen Herausforderungen der Branche zu informieren. Bei dem konstruktiven Austausch im Pfalzmarkt in Mutterstadt stand die Arbeitskräftesicherung und dabei insbesondere die Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften im Fokus. Bild (v.l.n.r.): BWV-Hauptgeschäftsführerin Andrea Adams, Florian Maier, MdL, Heike Scharfenberger, MdL, Fachgruppenvorsitzender Hermann Reber, Minister Alexander Schweitzer, Claus-René Schick, MdL, Christoph Spies, MdL

MEHR „ROTE GEBIETE“ UND EIN EINGESTELLTES VERFAHREN

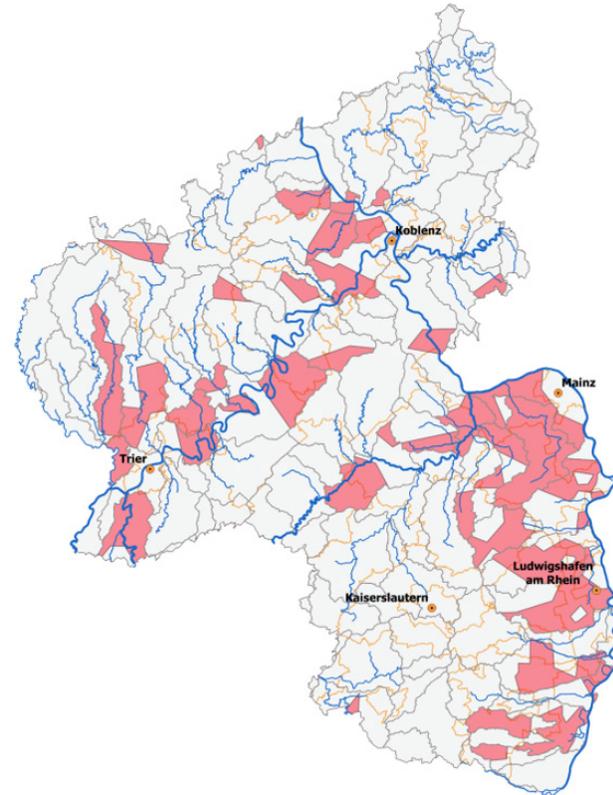
Nachdem die EU-Kommission die deutsche Vorgehensweise bei der Ausweisung der mit Nitrat bzw. Phosphat belasteten Gebiete nach Düngeverordnung nicht akzeptiert hatte, mussten die sogenannten „roten“ bzw. „gelben“ Gebiete erneut ausgewiesen werden. Die Brüsseler Behörde war der Ansicht, dass die Nährstoffmodellierung, auf der die seit dem Jahr 2021 gültige Kulisse beruht, nicht von der EU-Nitratrichtlinie gedeckt ist.

Am 28.11.2022 veröffentlichte das rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerium die neue Kulisse, die auf der Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung von mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebieten fußt. Basis ist ein mathematisches Verfahren (Voronoi-Verfahren), das auf die vorhandenen Messstellen des Ausweisungsmessnetzes angewandt wurde. Damit hat man sich von der Nährstoffmodellierung und der Berücksichtigung des Verursacherprinzips komplett verabschiedet. Der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) hat das mehrfach kritisiert.

Durch die Neuausweisung hat sich der Flächenanteil der mit Nitrat belasteten Gebiete von 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf jetzt 28 Prozent erhöht. Der Anteil der eutrophierten Gebiete sank von vormals 20 Prozent auf rund 15 Prozent. Aber auch diese Ausweisungsmethode ist nicht final. Spätestens ab dem Jahr 2029 muss ein spezielles geostatistisches Regionalisierungsverfahren die Grundlage für die Ausweisung bilden. Dabei ist eine Ausweitung des Messstellennetzes von großer Bedeutung, um insbesondere bei den nitrat-belasteten Gebieten eine möglichst kleinräumige Abgrenzung zu erreichen. Hierzu hat der BWV geeignete Grundwassermessstellen an das Landesamt für Umwelt gemeldet. Unabhängig davon wird sich der Verband weiterhin für die Berücksichtigung des Verursacherprinzips einsetzen, etwa durch die Möglichkeit einzelbetrieblicher Ausnahmen bei Vorlage einer entsprechenden Düngebilanz.

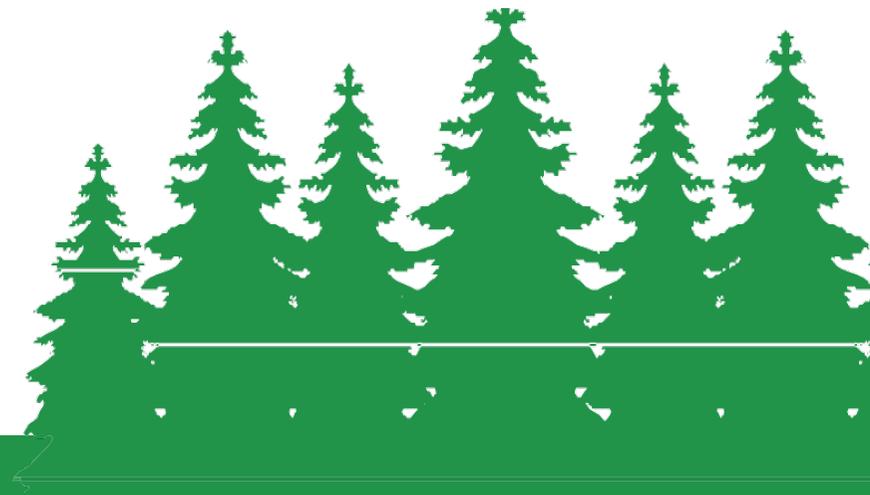
Am 01.06.2023 kam es dann zu einem für kaum mehr möglich gehaltenen Schritt: Die EU-Kommission stellte das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie ein. Im Oktober 2013 hatte die Brüsseler Behörde mit dem Verfahren auf die aus ihrer Sicht mangelhaften Düngevorgaben im Rahmen eines Aktionsprogramms der damaligen Bundesregierung reagiert. Es folgten auf Druck der EU-Kommission zwei umfangreiche Änderungen der Düngeverordnung (2017 und 2020) sowie die Überarbeitung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung der mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete (2022).

Hintergrund der Einstellung des Verfahrens ist der Beschluss des Bundeskabinetts Ende Mai 2023 zur Änderung des Düngegesetzes. Diese Änderung bildet die Grundlage für eine Anpassung der Stoffstrombilanz-Verordnung und der Erarbeitung einer Verordnung zum Wirkungsmonitoring der Düngeverordnung. Geplant ist, die Pflicht zur Erstellung der Stoffstrombilanz auf nahezu alle Betriebe auszuweiten. Das geplante Monitoring, das in einer separaten Verordnung ausgestaltet werden muss, soll laut Bundeslandwirtschaftsministerium die Grundlage bilden, um mittelfristig Betriebe zu entlasten, die wasserschonend arbeiten. Im Hinblick darauf hat der BWV eine schnelle Umsetzung einzelbetrieblicher und verursachergerechter Ausnahmen von den Auflagen in den Roten Gebieten gefordert.



nitratbelastete Gebiete („Rote Gebiete“) in Rheinland-Pfalz nach der Neuausweisung zum 01.01.2023 (Grafik: MWVLW)

ENTWURF ZUM LANDESJAGDGESETZ MIT ERHEBLICHEM NACHBESSERUNGSBEDARF



Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) in Rheinland-Pfalz legte im Juni 2023 den Entwurf für ein neues Landesjagdgesetz vor. Der Veröffentlichung des Entwurfs war ein Evaluierungsverfahren der aktuellen jagdrechtlichen Regelungen im Land vorgeschaltet. Im Zuge dessen hatten die betroffenen Interessenverbände die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen und ein entsprechendes Diskussionspapier kritisch zu prüfen. Auch die Fachgruppe Jagdgenossenschaften im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) hatte sich hierbei konstruktiv eingebracht. Trotz dieses aufwändigen Prozesses im Vorfeld waren einige Regelungen im Jagdgesetz-Entwurf überraschend, da diese weder Inhalt des Evaluierungspapiers waren, noch in den Beratungsgremien diskutiert wur-

den. Von Seiten der Jägerschaft wurde der Entwurf massiv und öffentlichkeitswirksam kritisiert.

Der BWV kritisiert weiterhin grundsätzlich, dass der Wald zu stark im Fokus steht. Unabhängig davon sind einige geplante Regelungen als sehr positiv zu werten, bei anderen fehlt die Sinnhaftigkeit und manche sind vollkommen inakzeptabel. Erleichtert hat der BWV die Beibehaltung des Vorverfahrens bei der Wildschadensregulierung und der Mindestgröße des Eigenjagdbezirks von 75 ha aufgenommen, was wichtige Forderungen seitens des landwirtschaftlichen Berufsstandes waren. Der Nutzen der Einführung neuer Begriffe und deren Definitionen erschließt sich hingegen nicht. Es stellt sich die Frage, ob dies überhaupt erforderlich ist und tatsächlich die vom Gesetzgeber gewünschte Rechtssicher-

heit bringt. Auch mit Blick auf den Grundsatz der guten jagdlichen Praxis, die anerkannte, ungeschriebene Regeln der Jagdethik und die Weidgerechtigkeit zum Inhalt hat, wird bei Klagen sicherlich eine gerichtliche Auslegung notwendig werden.

Weiterhin ist unklar, wie lange die Pachtdauer bemessen sein muss, damit der Pachtende oder Jagdbefugte den Anforderungen an die Jagd und Hege nachhaltig gerecht werden kann. Statt die Mindestpachtdauer abzuschaffen fordert der BWV eine Mindestpachtdauer von fünf Jahren. Abzulehnen ist auch, dass Forstbetriebsgemeinschaften ihre Flächen von mindestens 100 ha aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk herauslösen können. Dies kann dazu führen, dass Jagdbezirke zersplittert werden und es zu einer Trennung von

Wald- und Feldbejagung kommt. Jagdbezirke, die überwiegend aus Feldflächen bestehen, werden unattraktiv und können möglicherweise nur schwer verpachtet werden. Die Regelung ist auch kritisch zu sehen in Bezug auf zukünftige Begehren von Jagdrechtsgegnern, die ihre Flächen befrieden möchten. Es besteht das Risiko, dass europäische Gerichte das deutsche Jagdrechtssystem in Frage stellen werden. Dies würde es Jagdgegnern ermöglichen, sich zusammenzuschließen, um die Bejagung auf ihren Flächen auszuschließen. Untragbar ist es zudem, dass nun jeder Jagdgenosse selbst das Recht bekommen soll, losgelöst von der Jagdgenossenschaft, auf seinen Flächen jagen zu können. Darüber hinaus kritisiert der BWV die Streichung vieler Tierarten aus dem Landesjagdgesetz und die Unterscheidung zwischen

Wildtierarten und ökosystemfremden Tierarten. Die vom BWV geforderte Aufnahme von Wolf, Nutria und Saatkrähe ist dagegen nicht vorgesehen.

Der BWV hat weiterhin erhebliche Bedenken und forderte in seiner Stellungnahme eine deutliche Nachbesserung zahlreicher Passagen. Der Verband wird weiterhin seinen Standpunkt zur Erhaltung des Jagdrechtssystems, zu den Rechten der Jagdgenossenschaften und zum verfassungsrechtlich geschützten Jagdrecht der Jagdgenossen gegenüber dem MKUEM deutlich zum Ausdruck bringen. Die neuen Regelungen sollen zum 01.04.2025 in Kraft treten.





BWV-DELEGIERTE SEHEN WIRTSCHAFTLICHKEIT DER LANDWIRTSCHAFT AKUT GEFÄHRDET

Die Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz warnten bei der Delegiertentagung des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) am 07.11.2022 in Bad Dürkheim vor einem Kahlschlag in der gesamten Agrarbranche und einer steigenden Abhängigkeit Deutschlands bei der Ernährungssicherung. Sie forderten von den politisch Verantwortlichen eine Agrarpolitik, die den dramatisch geänderten Rahmenbedingungen durch den Ukraine-Krieg Rechnung trägt und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sichert.

Vor diesem Hintergrund sprachen sich die Delegierten in einer Resolution gegen die unverantwortlichen Pläne der EU-Kommission zur pauschalen Reduktion von Pflanzenschutzmitteln bis

hin zum Totalverbot aus. Die Produktion von Lebensmitteln würde sich ins Ausland verlagern mit deutlich geringeren Standards. Pflanzenschutzmittel sichern Ernten und sind die Grundlage für die Versorgung mit gesunden, hochwertigen Lebensmitteln.

Mit Blick auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2023 machten die Landwirte und Winzer deutlich, dass der deutsche Strategieplan zur nationalen Umsetzung zu überarbeiten und an die geänderte globale Lage und deren Auswirkungen anzupassen ist. Dazu gehört auch eine deutliche Erhöhung der Prämien für Maßnahmen zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie der Fördersätze bei der Investitionsförderung.

Deutliche Kritik gab es auch an der erneuten Ausweisung der mit Nitrat belasteten Gebiete, in denen die Düngung erheblich eingeschränkt wird. Die Abkehr vom Verursacherprinzip und die fehlenden Ausnahmemöglichkeiten führen in vielen Fällen grundlos zu geringeren Erträgen und dem Abbau der Bodenfruchtbarkeit.

Die ökonomische Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ist durch die aktuellen wirtschaftlichen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen akut gefährdet. In vielen Bereichen übersteigen die Kosten die Erlöse. Da die erforderliche Erhöhung der Erzeugerpreise politisch nicht zu erreichen ist, müssen die Betriebe auf der Kostenseite entlastet werden.

WIEDERWAHL HARTELT UND ZWEI NEUE VIZEPRÄSIDENTEN

BWV-Präsident Ökonomierat Eberhard Hartelt wurde im Rahmen der BWV-Delegiertentagung für vier weitere Jahre im Amt bestätigt. Er steht dem Verband seit 2014 vor. Auch Vizepräsident Johannes Zehfuß, MdL, wurde wiedergewählt. Neuer 1. Vizepräsident ist Jens Göhring aus dem rheinhessischen Flörsheim-Dalsheim. Jürgen Vogelgesang aus dem westpfälzischen Martinshöhe wurde als weiterer Vizepräsident ebenfalls neu ins BWV-Präsidium gewählt. Der bisherige 1. Vizepräsident Ingo Steitz sowie Vizepräsident Reinhold Hörner traten nicht mehr zur Wahl an. Hörner bleibt als Weinbaupräsident der Pfalz aber weiterhin Mitglied des Gremiums.



„DIE POLITIK DARF DIE AUGEN VOR DER REALITÄT NICHT LÄNGER VERSCHLIESSEN UND MUSS HANDELN, BEVOR ES ZU SPÄT IST.“

BWV-Präsident Eberhard Hartelt

GOLDENE EHRENNADEL FÜR HOLKER PFANNEBECKER UND LUDWIG SCHMITT

Bei der Delegiertentagung des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) wurden Holker Pfannebecker aus Worms-Pfeddersheim und Ludwig Schmitt aus Mainz-Finthen mit der Goldenen Ehrennadel des Verbandes geehrt. Die höchste Auszeichnung des BWV wird Persönlichkeiten verliehen, die sich um den landwirtschaftlichen Berufsstand und den Verband in außerordentlicher Weise verdient gemacht haben. In seiner Laudatio würdigte BWV-Präsident Ökonomierat Eberhard Hartelt den herausragenden Einsatz der beiden ehemaligen BWV-Kreisvorsitzenden im Sinne Ihrer Berufskollegen und Ihrer rheinhessischen Heimat.

Holker Pfannebecker war fast 20 Jahre Vorsitzender des BWV-Ortsvereins seines Heimatortes Worms-Pfeddersheim. Im BWV-Kreisverband Alzey-Worms war er zunächst als stellvertretender Vorsitzender aktiv, bevor er 2009 zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde. 2021 gab er dieses Amt in jüngere Hände. In der Verbandsarbeit lag ihm stets der Dialog innerhalb des Berufsstandes, aber auch die realistische Sicht der Gesellschaft auf dessen Arbeit besonders am Herzen. Als Leiter eines Öko-Betriebes mit Weinbau und Ackerbau engagierte er sich für eine gleichwertige Betrachtung der konventionellen und ökologischen Bewirtschaftung.

Ludwig Schmitt hat sich in zahlreichen Ehrenämtern über viele Jahre hinweg für die Landwirte und Winzer seiner rhein-

hessischen Heimat und weit darüber hinaus eingesetzt. Uneigennützig, mit großer Kompetenz und Leidenschaft hat er für die Anliegen seiner Berufskollegen gekämpft. Im BWV war er ab 2009 Vorsitzender des Kreisverbandes Mainz-Bingen, in dem er zuvor bereits als stellvertretender Vorsitzender agiert hatte. 2021 trat er nicht mehr zur Wahl an und leitet damit den Generationswechsel an der Kreisverbandsspitze ein. Den Vorsitz des Bauernvereins Finthen hatte Ludwig Schmitt über 25 Jahre inne. Der im südlichen Rheinland-Pfalz wichtige Obstbau war ein Schwerpunkt seiner ehrenamtlichen Tätigkeit. 13 Jahre lang war er Vorsitzender der BWV-Fachgruppe Obstbau und vertrat auf nationaler Ebene die Interessen der Obstbauern in der Bundesfachgruppe Obstbau sowie im Bundesausschuss Obst- und Gemüsebau.

BWV-Präsident Hartelt bedankte sich im Namen des gesamten Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. bei den neuen Trägern der Goldenen Ehrennadel. Er betonte, dass das Engagement der Geehrten keinesfalls selbstverständlich sei. Nur wenn sich solche Persönlichkeiten in diesem Maße in den Gremien des Verbandes und anderen landwirtschaftlichen Organisationen einbringen, könne die berufsständige Vertretung und damit auch der Berufsstand selbst, langfristig erfolgreich sein..



BWV-Präsident Hartelt mit Holker Pfannebecker (l.) und Ludwig Schmitt (r.)



PFLANZENBAU



Bei der Erntepressekonferenz in der Landeshauptstadt thematisierte BWV-Präsident Hartelt auch Herausforderungen der Landwirtschaft, die im urbanen Raum besonders in den Fokus rücken. Beim Flächenverbrauch, der Nutzung von Wirtschaftswegen und bei durch Krähen verursachte Schäden treten Zielkonflikte zwischen Lebensmittelproduktion und anderen gesellschaftlichen Ansprüchen deutlich zu Tage.

Erneut hingen Ertrag und Qualität in der Getreideernte 2023 sehr stark von der Bodengüte und den lokalen Sommerniederschlägen ab. Nach einem aussichtsreichen Frühjahr mit flächendeckendem Regen und kühlen Temperaturen, ließ die Trockenheit ab Mitte Mai in Verbindung mit hohen Temperaturen und viel Wind die Hoffnungen auf eine bessere Ernte schwinden. Bei der Erntepressekonferenz des Verbandes am 13.07.2023 in Mainz wurde von sehr heterogenen Ernteergebnisse und einer im Ganzen unterdurchschnittlichen Erntemenge berichtet. Insgesamt lässt sich aber beobachten, dass Kulturen, die im Herbst gesät und früh geerntet wurden, besser mit dem zweigeteilten Witterungsverlauf zurechtkamen als beispielsweise spätreifender Winterweizen oder im Frühjahr gesäte Sommergerste. Damit bestätigt sich ein Trend der vergangenen Jahre, der die Landwirte in Rheinhessen und der Pfalz über das zukünftige Anbauspektrum und mögliche Fruchtfolgen nachdenken lässt. Bei den ab Ende Juli einsetzenden Niederschlägen war glücklicherweise der Großteil der Getreideernte eingebracht. Für Zuckerrüben und Mais kam der Ende Juli einsetzende Regen gerade noch rechtzeitig, um größere Ertragseinbußen zu verhindern. Im Kartoffelbereich begann das Anbaujahr 2023 nach einem ernüchternden Vorjahr vielversprechend, trotz ungewöhnlich kalter Witterung im März und erheblichem Mehraufwand bei der Frostschutzberegnung. Die vorgekeimte Ware kam zeitig in den Boden und die ersten Notierungen starteten Anfang Juni auf einem hohen Niveau, das im weiteren Verlauf der Saison gehalten werden konnte. In Verbindung mit einem geordneten Umstieg von ausländischer auf heimische Ware im Lebensmitteleinzelhandel waren die Vorzeichen für 2023 sehr positiv.

KRÄHENSCHÄDEN UND KEIN ENDE

Nachdem es im Jahr 2022 wieder einmal zu großen Schäden durch Saat- und Rabenkrähen im südlichen Rheinland-Pfalz gekommen war, hatte sich der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) erneut an das rheinland-pfälzische Umweltministerium gewandt und Unterstützung für die Betriebe in der kommenden Saison eingefordert.

Leider blieben die Bemühungen zunächst ohne Erfolg und die zuständigen Behörden blieben mit Blick auf mögliche Ausnahmen für die Bejagung von Saat- und Rabenkrähen sowie der Genehmigung von akustischer Vergrämung bei ihrer restriktiven Handhabung. Zudem war Ende März ein bayerischer Antrag im Bundesrat zur Herabsetzung des Schutzstatus der Saatkrähe von Rheinland-Pfalz nicht unterstützt worden. Folglich nahmen die Schäden im Jahr 2023 noch einmal deutlich zu. Zu verzeichnen waren sie in alle Regionen des Verbandsgebietes und in vielen unterschiedlichen Kulturen. Besonders betroffen war der Obstbau, bei dem es vor allem bei Kirschen zu massiven Schäden, bis hin zu Totalausfällen kam.

Der BWV erhöhte daher den Druck gegenüber politisch Verantwortlichen und Behörden. Dokumentierte Schäden wurden permanent an das Umweltministerium weitergeleitet, Gespräche mit Jagd- und Naturschutzbehörden wurden geführt und in zahlreichen Medienberichten konnte auf Krähenschäden in der Landwirtschaft aufmerksam gemacht werden. BWV-Präsident Hartelt kritisierte öffentlich die fehlende Unterstützung bei der Eindämmung von Schadensfällen und forderte Entschädigungen, sollte weiterhin nichts passieren.

In den nachfolgenden Wochen kamen Abschussgenehmigungen für Rabenkrähen seitens der unteren Jagdbehörden wesentlich schneller und die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd erteilte als zuständige obere Naturschutzbehörde in mehreren Fällen auch Genehmigungen für den Abschuss von Saatkrähen. Landwirtschaftsministerin Daniela Schmitt forderte ein schnelles, gemeinsames Vorgehen gegen den steigenden Bestand und kündigte die Einführung eines neuen elektronischen Meldeportals für Landwirte an, um Schadensmeldungen schneller und einfacher zu erfassen. Auch wenn erste Schritte in die richtige Richtung zu erkennen sind, müssen die Betriebe zukünftig schon Handlungsmöglichkeiten haben, bevor es zu gravierenden Schäden kommt. Dies gilt auch für den Einsatz von Apparaten zur akustischen Vergrämung. Zudem wird sich der BWV weiterhin für die Aufhebung der Schonzeit bei der Rabenkrähe und die Herabsetzung des Schutzstatus der Saatkrähe einsetzen.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN LANDWIRTSCHAFT UND FEUERWEHR

Zunehmende Trockenheit und Hitze bescheren den Feuerwehren in ganz Deutschland immer mehr Wald- und Flächenbrände. Oftmals mangelt es den Einsatzkräften aber an Löschwasser und auch an bestimmten Großgeräten um eine schnelle und effektive Brandbekämpfung durchführen zu können.

Vor diesem Hintergrund und angelehnt an eine Idee aus dem Kreisfeuerwehrverband Main-Spessart wurden in der Südpfalz 2022 die „Red Farmer“ auf den Weg gebracht, um den Feuerwehren bei Bedarf mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Geräten zu helfen. Gestartet wurde die Initiative vom Kreisverband Südliche Wein-

straße im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV).

Im Jahr 2023 wurde das Projekt mit Unterstützung des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz auf das ganze Land ausgeweitet. Da es mittlerweile auch Anfragen aus anderen Bundesländern gibt, ist es das Ziel, die Red Farmer auf Bundesebene zu etablieren und zentral zu koordinieren. Landwirte und Winzer, die sich den Red Farmern anschließen wollen, finden alle Informationen und die Möglichkeit zur Registrierung im Online-Portal www.red-farmer.eu.

„TRADITIONELL SIND VIELE LANDWIRTE UND WINZER IN DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR ENGAGIERT ODER UNTERSTÜTZEN EINSATZKRÄFTE VOR ORT. MIT RED FARMER WIRD DIESE ZUSAMMENARBEIT AUF EIN NEUES LEVEL GEHOBEN. DIE VERNETZUNG STEIGERT NICHT NUR SCHNELLIGKEIT UND EFFIZIENZ IM BRANDFALL, SONDERN MOTIVIERT HOFFENTLICH WEITERE BERUFSKOLLEGEN SICH AKTIV EINZUBRINGEN.“

BWV-Präsident Eberhard Hartelt

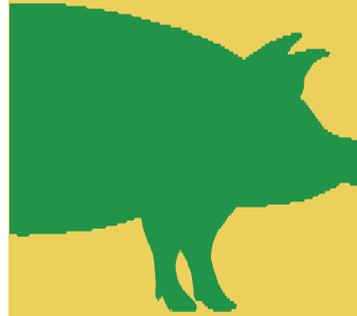


MILCH, VIEH, FLEISCH

Die Situation der viehhaltenden Betriebe wird immer schwieriger. Die Auswirkungen des Klimawandels führen in vielen Jahren zu einer angespannten Futtersituation. Durch lange Phasen der Trockenheit in Verbindung mit hohen Temperaturen fällt oft ein Grasschnitt aus und die Erträge beim Mais bleiben hinter dem erforderlichen Maß zurück. Die eigentlichen Herausforderungen liegen aber in den politischen Rahmenbedingungen und der Erlössituation. Die Viehhaltung in Rheinland-Pfalz ist im bundesweiten und erst recht im internationalen Vergleich sehr kleinteilig, flächengebunden und familiengeführt. Sie entspricht also den Vorstellungen der meisten Politiker und Bürger in Deutschland. Aber gerade diese Struktur wird ihr zunehmend zum Verhängnis. Immer mehr Betriebe, insbesondere in der Schweinehaltung, sind aufgrund zu hoher Kosten oder fehlender Vermarktungsmöglichkeiten gezwungen aufzugeben. Dieser Rückgang der Tierhaltung führt dazu, dass die notwendige Infrastruktur im vor- und nachgelagerten Bereich wegbricht und die Situation weiter verschärft – eine Abwärtsspirale mit vorhersehbarem Ausgang. Die Politik bleibt – trotz deutlicher Worte und stetig wiederholter Forderungen des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) – passiver Beobachter und sieht einer weiteren Verlagerung der Tierhaltung tatenlos zu.

Aber auch auf Bundesebene wird sich der Tierhaltung nicht angenommen. Das 2019 noch unter Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner eingerichtete Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung – die „Borchert-Kommission“ – verlor im August 2023 die Geduld und legte die Arbeit nieder. Die Kommission hatte einen umfassenden und konkreten Plan zum Umbau der Tierhaltung in Deutschland vorgelegt, der auf eine breite Akzeptanz gestoßen war. Allerdings konnten sich die Regierungsparteien nicht auf ein Finanzierungskonzept einigen und die Kommission unter Führung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Jochen Borchert gab entnervt auf. Auch hier wird die Tierhaltung allein gelassen.

Darüber hinaus wird das Marktumfeld volatiler. So gab es 2022 im Bereich Milch einen Rekordanstieg der Erzeugerpreise, teilweise wurde die Marke von 60 Cent pro Liter geknackt. Mit dem Jahreswechsel änderten sich auch die Vorzeichen am Milchmarkt. Bereits Ende Dezember setzte ein Rückgang der Preise ein, der sich ab Jahresbeginn deutlich verstärkte. Während im Januar 2023 das Niveau des Vorjahres noch durchschnittlich um 15 Cent pro Liter überschritten wurde, lag es Mitte des Jahres 10 Cent pro Liter darunter. Die aufgrund des Ukrainekrieges stark gestiegenen Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel verharren allerdings auf hohem Niveau. Die Folge dieser Entwicklung werden zurückgehende Unternehmensergebnisse und noch mehr Betriebsaufgaben sein.



Austausch zwischen Bistum und Berufsstand

Hoher Besuch auf dem Wiesenbergerhof der Familie Diehl im westpfälzischen Erzenhausen: Am 28. 03.2023 informierte sich der Speyerer Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann gemeinsam mit mehreren Mitgliedern des Allgemeinen Geistlichen Rates über die moderne Milchviehhaltung. Eingeladen hatte der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) im Rahmen des regelmäßig stattfindenden Austausches zwischen Bistum und Berufsstand.

Bischof Wiesemann zeigte sich beeindruckt von den technischen Möglichkeiten im Sinne von Tiergesundheit und Produktsicherheit, aber auch vom persönlichen Engagement der gesamten Familie Diehl. BWV-Präsident Ökonomierat Eberhard Hartelt wies darauf hin, dass insbesondere die Tierhaltung derzeit mit massiven Herausforderungen konfrontiert ist. Die permanente Verschärfung von gesetzlichen Auflagen, die zunehmend kritische Haltung gegenüber Nutztierhaltung, auch hinsichtlich Klimaschutz, und die zunehmenden Wetterkapriolen führen dazu, dass die notwendige langfristige Planbarkeit fehlt.

Einig waren sich Wiesemann und Hartelt darin, dass man eine landwirtschaftliche Tätigkeit vor Ort nie isoliert betrachten dürfe. Vielmehr müsse man sie in einen regionalen, überregionalen und globalen Zusammenhang stellen, der auch soziale und ökologische Fragen berücksichtigt. Nur so könne der Wert der Landwirtschaft als Lebensgrundlage angemessen bestimmt werden.



WEINBAU

Das Weinjahr 2023 hatte einen zunächst ruhigen Verlauf mit einem etwas späterem Austrieb und ausreichend Wasserversorgung im Frühling. Von größeren Frostschäden blieben die Reben ebenfalls verschont. Ab Mitte Mai gab es dann eine gut zwei Monate andauernde Phase mit Hitze und ohne nennenswerte Niederschläge, die insbesondere neu gepflanzte Weinberge an ihre Grenzen brachte. Auf leichten Böden war in vielen Fällen eine Bewässerung notwendig. Darüber hinaus führte die Witterung verstärkt zum Auftreten von Echtem Mehltau. Ab Ende Juli fielen dann die ersehnten Niederschläge, die aber zu lange andauernden, was die Gefahr von Fäulnis deutlich erhöhte. Außerdem trat die Kirschessigfliege auf den Plan. Folge war ein früher Lesebeginn und eine sehr kurze, intensive Ernte. Mit großer Schlagkraft und viel Selektionsarbeit konnten die Winzer aber einen vielversprechenden Jahrgang möglich machen.

WEINBAUPOLITISCHER DIALOG IN STRASSBURG

Auf Einladung von Christine Schneider, MdEP fand am 21.11.2022 ein weinbaupolitischer Dialog mit Vertretern des rheinland-pfälzischen Berufsstandes und des Deutschen Weinbauverbandes in den Räumen der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft in Straßburg statt. An dem Gespräch nahmen unter anderen der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Ökonomierat Eberhard Hartelt, der Präsident des Weinbauverbandes Pfalz, Reinhold Hörner, sowie der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes (DWW), Klaus Schneider, teil.

Vor Ort diskutierten sie mit den EU-Abgeordneten Christine Schneider, Peter Jahr und Alexander Bernhuber, dem zuständigen Schattenberichterstatter der Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR), sowie Vertretern der Generaldirektion Landwirtschaft über aktuelle agrarpolitische Themen auf EU-Ebene.

Im Fokus des Treffens standen die geplante Überarbeitung der Qualitätsregelungen im Rahmen des Geoschutzes und das EU-Pflanzenschutzpaket. In einem intensiven Austausch verwiesen die Verbands-

vertreter auf die Praxisuntauglichkeit der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und die damit verbundene überbordende Bürokratie. Daran änderte auch das im Vorfeld des Gespräches publik gewordene Non-Paper der Kommission mit einigen Entschärfungen nichts. Statt die Vorschriften zu überarbeiten, sollte das gesamte Paket zurückgezogen werden. Die Gesprächsteilnehmer seitens der EU-Institutionen sagten zu, die durch den Berufsstand vorgetragenen Anmerkungen intensiv zu prüfen und mit in die Verhandlungen zu nehmen.



(Foto: Büro Christine Schneider, MdEP)

HERAUSFORDERUNGEN ABSEITS VON WEINBERG UND KELLER

Der Weinbau ist derzeit nicht nur mit den Auswirkungen von Klima, Witterung und Wetter konfrontiert, auch mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen und den Weinmarkt sind Herausforderungen zu meistern. Die geplanten Einschränkungen der EU-Kommission beim Pflanzenschutz, bis hin zum Totalverbot in bestimmten Schutzgebieten, würde den rheinland-pfälzischen Weinbau auf einem Drittel seiner Fläche unmöglich machen. Dies hätte nicht nur katastrophale Folgen für die betroffenen Betriebe und die Branche insgesamt, sondern würde auch gravierende Auswirkungen auf die Weinkulturlandschaft und den Tourismus in den entsprechenden Gebieten mit sich bringen. Sorge bereitet den Betrieben auch inflationsbedingte Kostensteigerungen in der Produktion, die Preisanpassungen notwendig machen, welche aber teilweise nicht vollständig am Markt realisiert werden können. Hinzu kommt eine wahrnehmbare Konsumzurückhaltung aufgrund des allgemein gestiegenen Preisniveaus.

Bei den Förderprogrammen im Weinsektor kommen investitionswillige Betriebe durch immer komplexer werdende Re-

gelungen an ihre Grenzen und ab dem 08.12.2023 ist die Angabe von Nährwerten und Zutaten Pflicht bei der Kennzeichnung von Wein. Hier konnte der Berufsstand erreichen, dass dem Verbraucher der Großteil der erforderlichen Angaben auch online – per sogenanntem E-Label – zur Verfügung gestellt werden kann. Bei der Umsetzung der Weinrechtsänderung gibt es ebenfalls noch Handlungsbedarf. So wird derzeit in den Schutzgemeinschaften Pfalz und Rheinhessen die Herkunftsprofilierung weiter vorangetrieben. In den Schutzgemeinschaften als repräsentative Vertretung der Weinwirtschaft sind alle Erzeuger- und Vermarktergruppen des jeweiligen Weinanbaugebietes organisiert. Ihnen obliegt die Verwaltung der sogenannten Lastenhefte der geschützten Herkunftsbezeichnungen. Darin sind die jeweiligen Produktionsbedingungen – wie etwa Mindestmостgewichte, Abgrenzung des Gebietes, zugelassene Rebsorten oder Hektarhöchststertrag – geregelt. Zusätzlich zur inhaltlichen Arbeit sind auch Fragen einer dauerhaften Finanzierung der Schutzgemeinschaften zu klären.

Die Bezirksgeschäftsstelle (BZG) Vorder- und Südpfalz in Neustadt/Weinstraße ist für die Beratung der Mitglieder in den Landkreisen Bad Dürkheim, Südliche Weinstraße, Rhein-Pfalz und Germersheim sowie in den kreisfreien Städten Neustadt/Weinstraße, Speyer, Frankenthal, Landau und Ludwigshafen zuständig.

Mit dem Auslaufen der Corona-Pandemie begannen zahlreiche Informationsveranstaltungen der Bezirksgeschäftsstelle erfreulicherweise wieder in Präsenz. Zudem bestand hoher Beratungsbedarf in den Ortsvereinen zur Durchführung der notwendigen satzungsgemäßen Sitzungen nach dem Ende der krisenbedingten Regelungen. Die Folgen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine machten sich im weiteren Verlauf des Jahres 2022 immer stärker bemerkbar. Insbesondere die hohe Inflation, verbunden mit erheblich steigenden Produktionskosten, sowie die unsichere Situation bezüglich der Energieversorgung bereiteten den Betrieben große Sorgen und führte zu vielen Anfragen.

Die Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften verschärfte sich durch das Kriegsgeschehen ebenfalls. Im von Sonderkulturen stark geprägten Bezirk ist das Thema Beschäftigung von großer Bedeutung und die außerplanmäßige politische Erhöhung des Mindestlohns auf 12 EUR pro Stunde zum 1. Oktober 2022 traf die Betriebe mit voller Wucht. Nach wie vor benötigen die Betriebe Unterstützung bei der sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung ihrer Arbeitskräfte, zunehmend sind Widerspruchsverfahren zu führen.

Starken Beratungsbedarf gab es bezüglich der neuen Regelungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) und hinsichtlich der Antragstellung in Rheinland-Pfalz mit dem sogenannten Landwirtschaftlichen Elektronischen Antrag (LEA).

BEZIRKSGESCHÄFTSSTELLE VORDER- UND SÜDPFALZ



Im ganzen Bezirk werden Neuausweisungen von Wasserschutzgebieten auf den Weg gebracht, deren Rechtsverordnungen abgelaufen sind. Die teils massiven Gebietserweiterungen lassen drastische Einschränkungen auch in der landwirtschaftlichen Produktion für die Zukunft befürchten. Zudem erlebt die Region derzeit eine sehr intensive Diskussion zum Ausbau neuer Pendleradrouden oder Radstraßen. Erhebliche Nutzungskonflikte sind vorprogrammiert. Die Bezirksgeschäftsstelle hat sich in viele dieser Projekte eingebracht und auf landwirtschaftliche Belange hingewiesen. Unter anderem wurde in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer ein Positionspapier zu diesem Thema erarbeitet.

Der Beratung im Sozialbereich kommt nach wie vor eine große Bedeutung zu, obwohl ein deutlicher Rückgang der Versicherten im Bereich der Landwirtschaftlichen Alterskasse zu verzeichnen ist. Täglich werden allgemeine Fragen zur Beitragspflicht im Bereich Berufsgenossenschaft, Alterskasse und Krankenkasse bearbeitet. Im Leistungsbereich der Alterskasse bedarf es vieler Einzelberatungen, wenn es um Regelaltersrenten, vorzeitige Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten oder Witwenrenten geht. Dies ist auch auf die geburtenstarken Jahrgänge zurückzuführen, die jetzt ins Rentenalter kommen.

Der Trend zu Gesellschaftsgründungen ist nach wie vor ungebrochen, da dies auch eine Möglichkeit darstellt, innerhalb der Gesellschafter Vermögenswerte wie Grund und Boden ohne Aufdeckung steuerlicher Reserven an Mitgesellschafter übertragen zu können. Auch die in 2023 eingeführte Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte in Rheinland-Pfalz trägt hierzu bei.

BEZIRKSGESCHÄFTSSTELLE NORD- UND WESTPFALZ



Die Bezirksgeschäftsstelle der Nord- und Westpfalz (BZG) mit Sitz in Kaiserslautern ist Ansprechpartner für die Mitglieder in den Landkreisen Donnersberg, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie in den kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken.

Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu vielen Beratungen in diesem Bereich. Besonders die Anzahl der Prüfungen von Verträgen zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen steigt erheblich an. Durch die große Anzahl an Projektierer, die sich ungesteuert Flächen sichern, nehmen die Konflikte auf dem Pachtmarkt zwischen Eigentümern und Flächenbewirtschaftern zu. Vor diesem Hintergrund wurden viele Gespräche mit Lokalpolitikern geführt, um Möglichkeiten der Steuerung von Standorten insbesondere für Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufzuzeigen, auch um den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) führte zu vielen Anfragen hinsichtlich Förderbedingungen und einzuhaltender Vorgaben. Teilweise konnten zum erforderlichen Zeitpunkt keine verbindlichen Aussagen getroffen werden, da relevante Gesetzestexte und Auslegungen auf sich warten ließen. Die Hilfestellung bei der elektronischen Antragstellung der Direktzahlungen wurde wieder von vielen Betrieben genutzt.

Weitere Beratungsschwerpunkte waren Grundstücksverkehrsgesetz, Flurbereinigungsverfahren, Höferolle und Hofübergabe sowie die Landwirtschaftliche Sozialversicherung. Das Thema Radwege nimmt auch in der Nord- und Westpfalz an Bedeutung zu, u.a. läuft im Kreis Südwestpfalz die Entwicklung eines Radwegekonzeptes, die von der Bezirksgeschäftsstelle begleitet wird.

Die Neuausweisung der mit Nitrat und Phosphat belasteten Gebiete nach Düngerverordnung führte zu großem Unverständnis und zahlreichen Nachfragen. Für die Betriebe war es mit dem Wegfall des Verursacherprinzips in bestimmten Gebieten nicht nachzuvollziehen, warum sie in der Düngung eingeschränkt werden. Das Winterprogramm wurde von den Mitgliedern gut angenommen. Im Fokus der Mittelpunktversammlungen stand die GAP, die auch in den Kreisversammlungen thematisiert wurde. Daneben standen die Zukunft der Tierhaltung sowie die Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Naturschutz auf der Tagesordnung. Weitere Informationsveranstaltungen waren das Seminar Nebenerwerbslandwirtschaft sowie das Steuer- und Betriebswirtschaftliche Seminar.



BEZIRKSGESCHÄFTSSTELLE RHEINHESSEN

Die Bezirks-Geschäftsstelle (BZG) Rheinhausen in Alzey betreut die Mitglieder in den Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen sowie in den kreisfreien Städten Mainz und Worms.

In der Beratung unverändert stark sind die Themen rund um die Landwirtschaftliche Sozialversicherung. Erwerbsbiografien werden immer individueller, dies führt zu steigendem Informationsbedarf. Eine nach wie vor hohe Nachfrage gibt es nach Musterformularen und -verträgen des Verbandes. Weitere Beratungsklassiker sind das Pachtrecht und die Beschäftigung von Arbeitskräften. Beim Hilfspaket für die Landwirtschaft, das zur Abmilderung der Kostensteigerung durch die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf den Weg gebracht wurde, waren einige Betriebe auf Unterstützung bei der in bestimmten Fällen notwendigen Antragstellung angewiesen.

Hinsichtlich der Raumordnung ist festzustellen, dass in Rheinhausen die Dynamik bei der Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete etwas nachgelassen hat. Unverändert weiter auf Hochtouren läuft die Planung der

Radwegenutzung auf Wirtschaftswegen. Dabei werden zu erwartende Probleme bezüglich Haftung, Kostenverteilung etc. sowie Nutzungskonflikte häufig übersehen bzw. bewusst übergangen. Die Bezirks-Geschäftsstelle bringt sich bei den entsprechenden Verfahren aktiv ein. Zeitgleich werden auf breiter Front in den Ortsvereinen Überlegungen angestellt, wie mit örtlichen bzw. regionalen Informationskampagnen gegenseitiges Verständnis geweckt werden kann.

Folgewirkungen der Energiewende werden immer sichtbarer durch einen massiven Ausbau von Windenergieanlagen und Freiflächen-Photovoltaik. Einhergehend ist eine deutliche Zunahme der Prüfung von entsprechenden Verträgen. Dabei zeigt sich, dass der Großteil der Verträge stark zu Ungunsten der Flächeninhaber ausfällt und stark verbesserungswürdig ist. Ein gemeinsames Verhandeln der Grundstückseigentümer – oft koordiniert durch den örtlichen Bauernverein – führt in vielen Fällen zu besseren Ergebnissen. Immer wieder besteht auch die Nachfrage nach Vertragsprüfungen hinsichtlich Mobilfunkstandorten.

Großer Beratungsbedarf bestand hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2023. Neue Fördererlemente, noch komplexere Regelungen, die in der Summe kaum zu überblicken sind, und zusätzliche Bürokratie führten zu zahlreichen Nachfragen. Immer mehr Betriebe stellen Überlegungen an, aus der Förderung auszusteigen. Die Hilfestellung zur Erstellung des Landwirtschaftlichen Elektronischen Antrages (LEA) für den Erhalt der Direktzahlungen wurde erwartungsgemäß häufig in Anspruch genommen.

Erstmals nach Ausbruch der Corona-Pandemie konnten die AgrarWinterTage zum üblichen Termin Ende Januar 2023 in Mainz stattfinden. Zum Programm gehörten auch wieder die Veranstaltungen des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. und des Weinbauverbandes Rheinhausen. Daneben veranstaltete die Bezirks-Geschäftsstelle im Jahresverlauf weitere Informationsveranstaltungen, u.a. zur Beschäftigung von Saisonarbeitskräften und zur Hofübergabe.

NEUER WEINBAUPRÄSIDENT IN RHEINHESSEN



Der neue Präsident des Weinbauverbandes Rheinhessen, Jens Göhring (r.), mit BWV-Präsident Hartelt (l.), Amtsvorgänger Ingo Steitz und Weinbauministerin Daniela Schmitt. (Foto: Setzepfand)

Die Delegierten der Kreisverbände Alzey-Worms und Mainz-Bingen im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) wählten am 27.03.2023 Jens Göhring zum neuen Präsidenten des Weinbauverbandes Rheinhessen. Der bisherige Weinbaupräsident Ingo Steitz trat nicht mehr zur Wahl an. Göhring ist ausgebildeter Weinbautechniker und bewirtschaftet mit seiner Familie ein Weingut in Flörsheim-Dalsheim, zu dem auch ein Ackerbaubetrieb gehört. Er ist bereits seit 2011 Mitglied im Vorstand des Weinbauverbandes. Seit 2021 ist Göhring Vorsitzender des BWV-Kreisverbandes Alzey-Worms und seit 2022 zudem 1. Vizepräsident des BWV. Darüber hinaus engagiert er sich unter anderem als Vorsitzender im örtlichen Bauern- und Winzerverein.

Ingo Steitz aus Badenheim stand fast 20 Jahre lang an der Spitze des Weinbauverbandes. BWV-Präsident Ökonomierat Eberhard Hartelt dankte ihm für sein außergewöhnliches Engagement für die Winzer im größten deutschen Weinanbaugebiet. Durch seinen unermüdlichen Tatendrang und seine Überzeugungskraft trug Steitz maßgeblich dazu bei, dass Rheinhessen in die Spitze der deutschen Weinanbaugebiete vorrückte. Bereits in jungen Jahren setzte er sich für den Berufsstand ein. Nach Anfängen in der Landjugend wurde er 1990 zum Vizepräsidenten des damaligen Bauernverbandes Rheinhessen gewählt und übernahm ab 1992 das Amt des 1. Vizepräsidenten

im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V., welches er bis 2022 innehatte. Der Weinbautechniker engagiert sich außerdem im Vorstand des Rheinhessenwein e.V. sowie im Vorstand des Rheinhessen Marketing e.V. Seit 2004 ist er als Vizepräsident des Deutschen Weinbauverbandes im Sinne der Weinbaubetriebe aktiv. Steitz ist Mitglied im Aufsichtsrat des Deutschen Weinfonds und ist seit vielen Jahren in den Gremien der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung tätig.

Auch die rheinland-pfälzische Weinbauministerin Daniela Schmitt, die zu aktuellen weinbaupolitischen Themen referierte, ließ es sich nicht nehmen, dem scheidenden Weinbaupräsidenten ihren Dank für sein Engagement und die gute Zusammenarbeit auszusprechen.

Ebenfalls verabschiedet wurde Dr. Roland Hinkel, der seit 2007 das Amt des Vizepräsidenten des Weinbauverbandes innehatte. Er führt zusammen mit seiner Familie ein traditionsreiches Weingut in Framersheim und war fast 30 Jahre lang im Vorstand des Weinbauverbandes aktiv. Zudem arbeitete er viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender des Rheinhessenwein e.V. erfolgreich mit am Aufstieg des Anbaugebietes Rheinhessen. Im Deutschen Weinfonds unterstützt er das Gemeinschaftsmarketing für deutschen Wein.

Bezirksgeschäftsführer Lothar Ohliger verabschiedet

Die Delegierten der Kreisverbände Alzey-Worms und Nach 35 Jahren im Dienst des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV) wurde Bezirksgeschäftsführer Lothar Ohliger mit 63 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Im Rahmen der Weihnachtsvorstandssitzung dankte die Verbandsspitze dem Agraringenieur aus Schneckenhausen für seinen langjährigen, erfolgreichen Einsatz im Sinne der Betriebe in der Nord- und Westpfalz. 1987 begann Ohliger seine Verbandslaufbahn als Kreisgeschäftsführer bei der damaligen Pfälzischen Bauern- und Winzerschaft, bevor er 1989 in die Bezirksgeschäftsstelle des BWV an den heutigen Standort in Kaiserslautern wechselte. 1999 wurde er zum Bezirksgeschäftsführer für die Nord- und Westpfalz ernannt. Darüber hinaus leitete er die BWV-Fachausschüsse Milch sowie Tierische Produktion, war Kreisstellenleiter der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und führte die Geschäfte des LandseNIorenverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. Seine Nachfolge hat Clara Franke angetreten. Sie studierte in Hohenheim Agrarwissenschaften, war in der Landwirtschaftsabteilung des Kreises Kaiserslautern beschäftigt und leitete das beim BWV und der Landwirtschaftskammer angesiedelte Projekt „Plattform Landwirtschaft und Naturschutz für Biodiversität“.



Lothar Ohliger mit BWV-Präsident Hartelt und BWV-Hauptgeschäftsführerin Andrea Adams

WAS LANGE WÄHRT, WIRD ENDLICH GUT – BUNDESARBEITSTAGUNG LANDSENIOREN

Coronabedingt musste die 31. Jahrestagung der Deutschen Landsenioren im Verbandsgebiet des Landseniorenverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. mehrmals verschoben werden. Im Juni 2023 war es dann endlich soweit und die Veranstaltung konnte in St. Martin durchgeführt werden. Landseniorenverbände aus dem gesamten Bundesgebiet kamen zu der zweitägigen Tagung zusammen. Neben dem Präsidenten des Deutschen Landseniorenverbandes e.V., Armin Müller, sprachen auch der Präsident des Landseniorenverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V., Alfons Groß und der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Ökonomierat Eberhard Hartelt, zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Ein Schwerpunkt der Tagung war das Thema Gesundheit. Hierzu referierte die Sozialversicherung in zwei Vorträgen zur Arztversorgung auf dem Land und zu Gesundheitsförderung und -prävention im ländlichen Raum. Umrahmt wurde die Tagung von einer Weinprobe mit dem Präsidenten des Weinbauverbandes Pfalz, Reinhold Hörner, einem Ausflug zum Hambacher Schloss und typischem Pfälzer Essen. Das Treffen hat gezeigt, dass es in vielen Teilen der Republik sehr aktive Landseniorengruppierungen mit attraktiven Programmen für ihre Mitglieder

gibt und die inhaltlichen Schwerpunkte in der fachlichen Arbeit häufig deckungsgleich sind. Die Bundesarbeitstagung bot eine hervorragende Gelegenheit zur Vernetzung untereinander und zum gegenseitigen Austausch. Mit dem Auslaufen der Corona-Pandemie konnten glücklicherweise auch in den vier Regionalverbänden des Landseniorenverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. wieder regelmäßig Veranstaltungen, Vorträge und Ausflüge stattfinden, die auch gut besucht waren. Ende des Jahres 2022 stand ein Wechsel in der Geschäftsführung an. Im Rahmen einer Präsidiumssitzung im November wurde der bisherige Geschäftsführer Lothar Ohliger in den Ruhestand verabschiedet und seine Nachfolgerin Clara Franke vorgestellt. BWV-Präsident Hartelt war ebenfalls anwesend und informierte die Präsidiumsmitglieder über aktuelle Themen der Agrarpolitik auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.
n Wein.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahrestagung der Deutschen Landsenioren beim Abschluss im Weingut Glas in Neustadt/Diedesfeld.

LANDJUGENDLICHE IM AUSTAUSCH MIT WEINBAU- MINISTERIN SCHMITT

Landjugendliche der beiden Landesverbände Rheinland-Nassau und RheinhessenPfalz waren Ende Januar 2023 zu einer gemeinsamen Jungweinprobe mit der rheinland-pfälzischen Weinbauministerin Daniela Schmitt ins Mainzer Ministerium geladen. Die Jungweinprobe ist seit einigen Jahren Tradition, die es den Landjugendlichen ermöglicht, sich ganz ungezwungen mit dem/der aktuellen Amtsinhaber/in über aktuelle weinbaupolitische Themen auszutauschen. Mit dem Auslaufen der Corona-Pandemie konnte diese wieder in gewohnt unkomplizierter rheinland-pfälzischer Art stattfinden.

Acht Jungwinzerinnen und Jungwinzer präsentierten ihre Jungweine aus den Regionen Rheinhessen, Pfalz und Mosel. Im Vordergrund der Veranstaltung standen aber aktuelle weinbaupolitische Themen. Diskutiert wurde über Pflanzenschutzverbote, Junglandwirteförderung, Mehrgefahrenversicherung und generelle Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Darüber hinaus rückten die Landjugendlichen die Aus- und Weiterbildung in den



Grünen Berufen in den Fokus, wofür sie mehr Unterstützung forderten. Eine hervorragende Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage um auch zukünftig qualitativ hochwertige Lebens- und Genussmittel von Morgen zu produzieren. Vor diesem Hintergrund dankten die Landjugendlichen Ministerin Schmitt, die sich bereit erklärt hatte, die Schirmherrschaft des anstehenden Berufswettbewerbs der deutschen Landjugend zu übernehmen und diesen mit ihrem Ministerium auch finanziell zu unterstützen.

LANDESVORSTAND DER LANDJUGEND WIEDER VOLL BESETZT

Nach zwei Jahren alternativer Veranstaltungsformen konnten der traditionelle zweitägige Landjugend-Gipfel und die anschließende Landesmitgliederversammlung der Landjugend RheinhessenPfalz am 07. und 08.01.2023 endlich wieder in gewohnter Art stattfinden. Beim Gipfel, der diesmal in der Jugendherberge in Wolfstein stattfand, gab es die Möglichkeit, sich in verschiedenen Workshops weiterzubilden und die eigenen Fähigkeiten zu fördern und auszubauen. Außer der Tagesordnung standen dabei Social Media in der Öffentlichkeitsarbeit, Teambuilding und ein agrarpolitischer Austausch mit dem Präsidenten des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Ökonomierat Eberhard Hartelt.

Für die anschließende Landesmitgliederversammlung trafen sich die Delegierten und Ehrengäste in der Aula der Realschule Plus in Wolfstein. Katharina Rößler, 1. Vorsitzende der Landjugend RheinhessenPfalz, blickte auf ein veranstaltungsreiches Jahr zurück. Sowohl auf Landesebene, als auch in den Ortsgruppen zeigte die Landjugend einmal mehr, wie wichtig der Einsatz Ehrenamtlicher im Ländlichen Raum ist. Sie sind es, die das Leben auf dem Land vielfältig bereichern und es so spannend und lebenswert gestalten.

Dafür dankte auch BWV-Präsident Hartelt der Landjugend in seinem Grußwort Er versprach, dass die Landjugend bei allen Institutionen und Organisationen, mit denen der Verband zusammenarbeitet, als Nachwuchsorganisation immer einen besonderen Stellenwert haben wird. Mit ihren Aktionen

und Projekten setzen sich die Landjugendlichen seit jeher für die Förderung des Ländlichen Raums ein, um diesen auch in Zukunft für alle Generationen attraktiv zu gestalten. Dabei sollte man sich auch Verbündete aus anderen Bereichen suchen. Dies könne helfen, Lösungen und Kompromisse zu finden, die eine möglichst breite Akzeptanz haben, so Hartelt.

Außerdem standen außerordentliche Wahlen zum Landesvorstand an. Die vakante Stelle des 1. Vorsitzenden war zu besetzen und Maïke Delp, welche den Posten der 1. stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, gab bekannt, diese Position in Zukunft nicht mehr wahrnehmen zu können. Auch sie wurde im Frühjahr 2022 in den Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Landjugend e. V. als stellvertretende Vorsitzende gewählt und vertritt seither auf Bundesebene die Interessen und Wünsche der Landjugendlichen im Land. Zum neuen 1. Vorsitzenden wählten die Delegierten Michael Lichti aus Neustadt a. d. Weinstraße. Das Amt der 1. stellvertretenden Vorsitzenden übernahm Ricarda Günther aus Lautersheim. Julia Oswald aus Guntersblum wurde als Beisitzerin neu in den Landesvorstand gewählt. Damit konnte der Landesvorstand wieder vollständig besetzt werden.



Der Landesvorstand der Landjugend RheinhessenPfalz mit den beiden Vorsitzenden Katharina Rößler (4.v.r.) und Michael Lichti (5.v.r.).

BWV-PRÄSIDENT HARTELT ZUM ÖKONOMIERAT ERNANNT

Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Eberhard Hartelt, wurde am 22.12.2022 zum Ökonomierat ernannt. Verliehen wurde ihm der Titel durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Rahmen eines Festaktes in der Mainzer Staatskanzlei. Hartelt setzt sich in vorbildlicher Weise seit mehr als drei Jahrzehnten in zahlreichen Ehrenämtern erfolgreich für die Landwirtschaft und den Weinbau im südlichen Rheinland-Pfalz und weit darüber hinaus ein.

Bereits im Landjugendverband Pfalz war der Landbautechniker, der im pfälzischen Göllheim einen Ackerbaubetrieb bewirtschaftet, als stellvertretender Vorsitzender aktiv, bevor er mit nur 28 Jahren in den Vorstand des BWV-Kreisverbandes Donnersberg berufen wurde. Wenige Jahre später wählten ihn die Berufskollegen seiner Heimatregion zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden und im Jahr 2002 zum Kreisvorsitzenden. 2018 gab er dieses Amt ab, um sich auf die Aufgaben auf Landes- und Bundesebene konzentrieren zu können und um eine Verjüngung des Vorstandes im Donnersbergkreis einzuleiten. Im Gesamtverband übernahm er im Jahr 2010 das Amt des Vizepräsidenten und wurde schließlich im Jahr 2014 zum BWV-Präsidenten gewählt.

Im gleichen Jahr übernahm er auf Bundesebene das Amt des Umweltbeauftragten des Deutschen Bauernverbandes e.V. (DBV) und den Vorsitz des DBV-Umweltausschusses. Er gehört auch dem Verbandsrat und dem Präsidium des DBV an. Umwelt und Natur sind bedeutende Querschnittsthema in der agrarpolitischen Arbeit von Eberhard Hartelt. Ein wichtiges Anliegen ist ihm dabei die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz auf Augenhöhe, um

Ökonomie und Ökologie bei der Erzeugung von Lebensmitteln in Einklang zu bringen. Er ist Vorsitzender des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung Kulturlandschaft sowie stellvertretender Vorsitzender des Aktionsbündnisses Forum Natur.

In anderen berufsständischen Organisationen engagiert sich der BWV-Präsident ebenfalls. Seit 35 Jahren gehört er der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz an und ist seit 2005 Vorstandsmitglied. Seit 2015 ist er zudem Vorsteher des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände Rheinland-Pfalz. Im Sinne der Landwirtschaft handelt er auch in seinen kommunalpolitischen Ämtern. Er ist Mitglied des Ortsgemeinderates und des Verbandsgemeinderates Göllheim und Mitglied im Kreistag des Donnersbergkreises.



INFO

Ökonomierat ist ein berufsbezogener Ehrentitel, der in dieser Form nur in Rheinland-Pfalz und dem Saarland vergeben wird und der Persönlichkeiten ehrt, die sich durch herausragendes, ehrenamtliches Engagement besonders um die Landwirtschaft und den Weinbau im Land verdient gemacht haben. Laut Statuten ist die Zahl der Träger auf 25 Personen in Rheinland-Pfalz begrenzt.

EHEMALIGER KREISVORSITZENDER HOLKER PFANNEBECKER ERHÄLT VERDIENSTMEDAILLE

Der ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Alzey-Worms im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. (BWV), Holker Pfannebecker aus Worms-Pfeddersheim, wurde für sein herausragendes, ehrenamtliches Engagement mit der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Die Ehrung erfolgte am 15.12.2022 durch die rheinland-pfälzische Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Daniela Schmitt. Für den BWV gratulierte Präsident Ökonomierat Eberhard Hartelt, der zur Feierstunde nach Mainz gekommen war und die Glückwünsche im Namen des gesamten Verbandes überbrachte.

Holker Pfannebecker war fast zwanzig Jahre Vorsitzender des BWV-Ortsvereins seines Heimatortes Worms-Pfeddersheim. Im BWV-Kreisverband Alzey-Worms war er zunächst als stellvertretender Vorsitzender aktiv, bevor er 2009 zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Im vergangenen Jahr gab er dieses Amt in jüngere Hände. In der Verbandsarbeit lag ihm stets der Dialog innerhalb des Berufsstandes, aber auch die realistische Sicht der Gesellschaft auf dessen Arbeit besonders am Herzen. Als Leiter eines Öko-Betriebes mit Weinbau und Ackerbau engagierte er sich für eine gleichwertige Betrachtung der konventionellen und ökologischen Bewirtschaftung. Bei der Delegiertentagung des BWV 2022 wurde dem 65-jährigen mit der

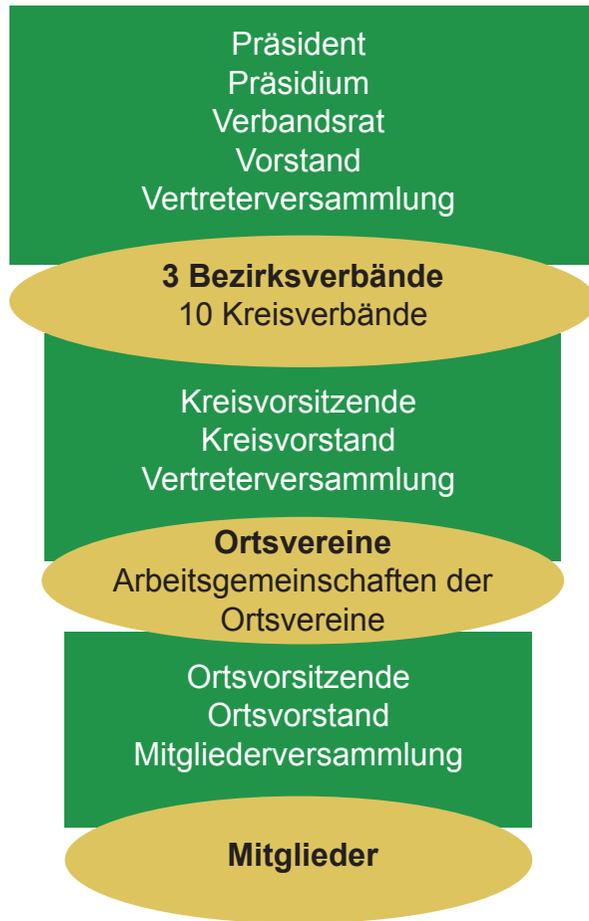
Goldenen Ehrennadel die höchste Auszeichnung des Verbandes verliehen. Zum Zeitpunkt der Ehrung ist Holker Pfannebecker Mitglied des Naturschutzbeirates und im Höfeausschuss des Kreises Alzey-Worms, zudem im Gutachterausschuss der Stadt Worms, wo er auch das Amt des Grundstücksverkehrsbeauftragten innehat. Er gehört der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz an und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Zudem saß er im Beirat der RWZ Rhein-Main eG, war lange Jahre Vorstandsmitglied der Erzeugergemeinschaft Goldenes Rheinhessen w.V. und deren stellvertretender Vorsitzender. In der Rübenabfuhr war er als Geschäftsführer der Abfuhrgemeinschaft Wonnegau engagiert.



Holker Pfannebecker mit Frau Margit, BWV-Präsident Hartelt und Staatsministerin Daniela Schmitt.
(Foto: Wirtschaftsministerium RLP)

VORSTANDSMITGLIEDER DES
BAUERN- UND WINZERVERBANDES RHEINLAND-PFALZ SÜD E. V.

VERBANDSSTRUKTUR



BWV-EHRENMITGLIEDER

Ökonomierat Fritz Steegmüller, Offenbach
Ökonomierat Baldur Holstein, Kindenheim
Dr. Ludwig C. von Heyl, Bobenheim-Roxheim

PRÄSIDIUM

Präsident
Ökonomierat Eberhard
Hartelt

1. Vizepräsident
Jens Göhring
Flörsheim-Dalsheim

Vizepräsident
Jürgen Vogelsang
Martinshöhe

Vizepräsident
Johannes Zehfuß, MdL,
Böhl-Iggelheim

Ehrenpräsident
Ökonomierat Norbert
Schindler, MdB a.D., Boben-
heim am Berg

**Weinbau-Präsident
(Pfalz)**
Reinhold Hörner
Hochstadt

**Weinbau-Präsident
(Rheinhessen)**
Jens Göhring
Flörsheim-Dalsheim

Hauptgeschäftsführerin
Andrea Adams
Mertloch

VERBANDSRAT

Präsidium sowie:

Kreisvorsitzender
Jürgen Vogelgesang
Martinshöhe

Kreisvorsitzender
Martin Fußer
Niederkirchen

Kreisvorsitzender
Johannes Zehfuß, MdL
Böhl-Iggelheim

Kreisvorsitzender
Gerold Füge
Bischheim

Kreisvorsitzender
Jens Göhring
Flörsheim-Dalsheim

Kreisvorsitzender
Peter Acker
Bodenheim

Kreisvorsitzender
Uwe Bißbort
Windsberg

Kreisvorsitzender
Roland Bellaire
Neupotz

Kreisvorsitzender
Marcel Müller
Körborn

Kreisvorsitzender
Karl-Friedrich Junker
Impflingen

VORSTANDSMITGLIEDER KRAFT AMTES

Vorsitzende des LandFrauenverbandes Rheinhessen e.V.
Ursula Braunewell
Essenheim

Präsidentin des LandFrauenverbandes Pfalz e.V.
Isabel Steinhauer-Theis
Lauterecken

Vorsitzende des Landjugendverbandes RheinhessenPfalz
Katharina Rößler
Eckelsheim

Betriebsratsvorsitzender
Markus Haberern
Neustadt/Weinstraße

Vorsitzende der Fachgruppe Obst
Theresa Pfeifer
Mainz

Vorsitzender der Fachgruppe Gemüse
Hermann Reber
Ludwigshafen

Genossenschaftsverband e. V.
Verbandsdirektor Ingmar Rega
Neu-Isenburg

VORSTANDSMITGLIEDER AUFGRUND BESONDERER VERDIENSTE ZUGEWÄHLT

Alfons Groß
Maikammer

Melanie Schmitt
Bobenheim-Roxheim

Ökonomierätin
Ilse Wambsganß
Landau-Mörzheim

Dieter Glahn
Großbundenbach

Dirk Hagmaier
Mölsheim

Matthias Detzel
Herxheim

Klaus Schneider
Dirmstein

Walter Manz
Dexheim

Hartmut Magin
Mutterstadt

Dr. Gerhard Schilling
Monsheim

Gerhard Steitz
Homburg

Wolfgang Renner
Mutterstadt

Günter Albrecht
Steegen

Katharina Rößler
Eckelsheim

Ingo Steitz
Badenheim

VORSTANDSMITGLIEDER AUFGRUND GEWICHTETER GRÖSSE DES KREISVERBANDES

stv. Kreisvorsitzender
Thomas Knecht
Herxheim

stv. Kreisvorsitzender
Gunther Hiestand
Guntersblum

stv. Kreisvorsitzender
Steffen Lahm
Nack

stv. Kreisvorsitzender
Florian Schmitt
Spießheim

stv. Kreisvorsitzender
Alexander Friedrich
Hochdorf-Assenheim

stv. Kreisvorsitzender
Stephan Schindler
Bobenheim am Berg

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE

Hauptgeschäftsführerin Andrea Adams

REFERATE/FACHGRUPPEN

Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit	Recht	Steuer	Verwaltung	Jugend-/ Bildung	Weinbau	Obst und Gemüse	Betriebswirtschaft	Soziales
Andreas Köhr	Sebastian Schnabel	Matthias Lambert	Sandra Bossung- Dommasch	Neomi Albrecht Franziska Hauck	Andrea Adams	Andrea Schneider Carina Wittmann/ Klaus Amberger	Andreas Köhr	Michael Trauth
	Rechtsberatung Per Mayer Nicolai Jordan Michael Seiwert Andreas Frömmel	Buchstelle Michael Bläse Burkhard Grünewald	Personal / Buchhaltung	Landjugend RheinhesenPfalz	Weinbauverband Rheinhesen Friedrich Ellerbrock	Zwiebel Andrea Schneider	BWV-Service Andreas Köhr	
	Fachgruppe Jagdgenossenschaft Clara Franke Frauke Mundanjohl	Lohn Sascha Krause			Weinbauverband Pfalz Dirk Gerling	Kartoffeln Carina Wittmann/ Klaus Amberger	Agrarförderung Andrea Adams/ Andreas Köhr	
	Landwirtschaftlicher Arbeitgeberverband Sebastian Schnabel				Saisonarbeitskräfte / Pheromone Markus Haberern	Ökologischer Anbau		

BEZIRKSGESCHÄFTSSTELLEN/BUCHSTELLEN

Bezirksgeschäftsstelle Nord- und Westpfalz

Clara Franke

- Michael Bläse
- Jens Lawal

Bezirksgeschäftsstelle Nord- und Westpfalz

Dirk Gerling

- Michael Trauth

Bezirksgeschäftsstelle Rheinhesen

Friedrich Ellerbrock

- Hans-Joachim Lamb

Buchstelle Saarbrücken

StB Jan Reuter

Buchstelle Grünstadt

StB Jan Reuter
 StB Steffen Oelhof

Buchstelle Landau

StB Matthias Lambert

Hauptgeschäftsstelle
Weberstraße 9
55130 Mainz
Tel.: (06131) 620551
Fax.: (06131) 620550
Email : info@bwv-rlp.de

Bezirksgeschäftsstelle Nord- und Westpfalz
Röchlingstraße 1
67663 Kaiserslautern
Tel: (0631) 535670
Fax: (0631) 5356719

Bezirksgeschäftsstelle Rheinhessen
Otto-Lilienthal-Straße 4
55232 Alzey
Tel: (06731) 51 50 850
Fax: (06731) 51 50 860

Bezirksgeschäftsstelle Vorder- und Südpfalz
Martin-Luther-Straße 69
67433 Neustadt
Tel: (06321) 927470
Fax: (06321) 9274711

Buchstelle Landau
Fichtenstraße 38
76829 Landau
Tel.: (06341) 38160
Fax: (06341) 381615

Buchstelle Saarbrücken
Heinestraße 2-4
66121 Saarbrücken
Tel.: (0681) 84120330
Fax: (0681) 84120349

Buchstelle Grünstadt
In der Haarschnur 4
67269 Grünstadt
Tel.: (06359) 890289
Fax: (06359) 890290

Weinbauverband Pfalz
Martin-Luther-Straße 69
67433 Neustadt/W.
Tel: (06321) 9274710
Fax: (06321) 9274711

Weinbauverband Rheinhessen
Weberstraße 9
55130 Mainz
Tel: (06131) 620551
Fax: (06131) 620550

Landjugendverband RheinhessenPfalz
Weberstraße 9
55130 Mainz
Tel: (06131) 620560
Fax: (06131) 620550